

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst (mit der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringenlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.76, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zingststraße 14, II. Tel. 3465.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Gr. Zingststraße 14. Tel. 1769.  
**Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Insertats** werden die Spaltenweise mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungsbasis 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 27.

Dresden, Montag den 3. Februar 1913.

24. Jahrg.

Die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe werden heute wieder aufgenommen.

Trotzdem die türkische Regierung sich zu neuen Zugeständnissen bereit erklärte, rechnet man allgemein mit der Wiederannahme der Feindseligkeiten für heute abend.

China bereitet sich zu einem Frühjahrskrieg mit der Mongolei vor.

Pariser Meldungen zufolge stehen die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen vor einem günstigen Abschluß.

## Zur Militärvorlage.

Die Militärpolitische Korrespondenz will wissen, daß die „umfangreiche Militärvorlage“ demnächst an das Reichsamt und alsbald an den Bundesrat „zur vorläufigen (schnellen) Entscheidung“ gelangen soll. Es sollen in der Vorlage „grundtätige Änderungen“ in unserer Wehrordnung vorgenommen werden, die eine völlige Umwälzung auf dem Gebiete der Ausbildung bei allen Truppenteilen mit zweijähriger Dienstzeit bedeuten sollen. Weiter wird gesagt, die Folgen der Vorlage würden diesmal hunderte Millionen pro Jahr weit übersteigen. Die Begründung der Vorlage werde sich hauptsächlich auf die „Verfälschung“ auf dem europäischen Schauplatz beziehen. Herr v. Seeringer werde die neue Vorlage vor dem Reichstag nicht mehr vertreten. Besondere Aufmerksamkeit bringt auch diese Meldung der sich öffnenden Militärpolitischen Korrespondenz über die neue Militärvorlage keineswegs. Ganz unklar ist der Hinweis auf die völlige Umwälzung auf dem Gebiete der Ausbildung bei allen Truppenteilen. So etwas könnte am allerwenigsten aus plötzlichen Entschlüssen hervorgehen. Daß zur Begründung der Vorlage die „Verfälschung“ auf dem europäischen Schauplatz gebraucht werden sollen, darüber ist kein Zweifel. Diese Redensart hat man stets bereit, sie ist aber diesmal um so törichter, als ja verifiziert wird, daß die militärischen Hintermänner der Vorlage schon längst, schon bei Beratung der vorjährigen Militärvorlage, also vor den Verhandlungen durch den Balkankrieg ihre Forderungen erhoben haben. Die Kanonenindustriellen und Armeelieferanten aller Art haben eben stets „Gründe“ für ihre Pläne. Jene, die etwas verächtlich sich freilich immer auf dem „europäischen Schauplatz“ und stets soll dadurch für das arme wehrlose Deutschland der Anlaß zu neuen Militärvorlagen gegeben sein. Man darf schon getrost sagen: Je mehr Militärvorlagen, um so wehrloser wird nach der Darstellung der Militärpolitischen das Deutsche Reich!

## Die Stellung des Zentrums.

Für die weitere Entwicklung der gesamten inneren deutschen Politik ist von Wichtigkeit, wie sich das Zentrum zur Militärvorlage stellen wird. Vor Jahresfrist war das Zentrum an der Spitze der bewilligungseifrigen Parteien. Herr Erzberger hielt im Reichstag zur damaligen Militärvorlage Reden, die den Reich jedes alldeutschen Bündnisses und jedes dramatischeren Chaubinschen erweisen konnten. Jetzt scheint das Zentrum wieder eine andere Rolle spielen zu wollen. Derselbe Herr Erzberger stellt sich in einem Artikel in der Dresdner katholischen Organe, der „Sächsischen Volksstimme“, so an, als könne er an die Zustimmung einer 100-prozentigen Vorlage überhaupt nicht glauben. Erzberger ist wohl Bedenken und Unmut, er sagt u. a.:

„Es könnte zutreffen, daß einzelne mehr oder weniger verantwortliche Stellen die Zustimmung nach solchen Voraussetzungen hätten; aber irgendeine maßgebende Behörde würde diese Forderung vor dem Reichstag nicht vertreten, ohne alle bisherigen Versicherungen derselben Stelle auf schwerste zu verzichten und hierdurch eine Verunreinigung und ein Mißtrauen im ganzen Volke hervorzurufen, wie man dies bisher nicht erwarten konnte.“

Nach einer amtlichen Erklärung der Jahre 1911 und 1912 ist für eine neue große Militärvorlage einfach kein Platz, oder man hat den Reichstag damals mit allen öffentlichen und namentlich vertraulichen Meinungen irreführt. Die Militärverwaltung wachte jenes Maß von Vertrauen nicht mehr. Franzosen, daß ihr der Reichstag in weitestgehender Weise Identität verleiht werden. Wenn man nämlich sich vor Augen hält, die Forderungen der „blamierten Europäer“ würde um viele Tausende verlängert werden. Wenn man nämlich sich vor Augen hält, daß die fortwährenden Mehraufgaben der großen Militärvorlage über 1912 nicht ganz 60 Millionen betragen, so muß es einfach als unverständlich bezeichnet werden, daß 1913 eine Vorlage mit 100 Millionen Mark dauernder Mehrbelastung vorgelegt wird.

Ein solches Verhalten der bisher vertretenden Ansicht der Militärverwaltung würde durch seinen Wechsel im Kriegsministerium oder Generalstab demütigt oder gerechtfertigt werden. Aus diesen inneren Gründen der Kreisfrage der starken deutschen Tradition im Heereswesen müssen daher Meldungen über diesen Umfang einer neuen Vorlage ins Gebiet der Falschheit verwiesen werden.

Gerne ist zu beachten, daß die 1911 und 1912 beschlossenen Vorlagen nach gar nicht in allen Teilen durchgeführt sind, daß in den nächsten Jahren noch eine Reihe von Aufgaben auf Grund der beschlossenen Schritte zu lösen ist. Sämtlich jetzt wieder eine neue große Vorlage mit allen ihren Organisationsänderungen bis zur Verände-

rung des Aufmarsches und der gesamten Mobilmachung, so würde hierdurch eine Unruhe, Verwirrung und Unsicherheit in den Heereskörper hineingetragen werden, die gerade in international unklaren Zeiten unter allen Umständen zu vermeiden ist. Wenn das Geheiß zum Abziehen bereit ist, wozu soll man nicht das Modell und führt eine totale Umänderung ein.“

Was Herr Erzberger über den unerhörten Bruch aller vorjährigen Regierungserklärungen sagt, ist durchaus zutreffend. Aber auch 1912 brach die Regierung und im besonderen die Kriegsverwaltung ihre Erklärungen von 1911! Und 1912 geschah dies unter der lauten Zustimmung des Zentrums. Wenn das Zentrum jetzt gegen die neueste Militärvorlage Opposition ankündigt, so wird abgewartet werden müssen, ob diese Partei der „blamierten Europäer“ lediglich die Abfertigung verfolgt, sich zunächst vor ihren Wählern durch einiges Sträuben in günstigeres Licht zu setzen, oder ob sie es für ihre Zwecke geeigneter ansieht, diesmal einen schweren Konflikt mit der Regierung herbeizuführen. Darüber wird sich kein Kenner des Zentrums täuschen, daß diese Partei in keinem Falle aus rein sachlichen und grundsätzlichen Erwägungen handelt. Will das Zentrum es wegen der Militärvorlage zum schroffen Bruch mit der Regierung treiben, so tut es dies wahrlich nicht, um gegen das militärische Unwesen ernsthaft zu kämpfen und das deutsche Volk vor der weiteren Militarisierung zu retten, wie es die Sozialdemokratie will, sondern lediglich um parteitaktischer Zwecke willen, um eines politischen Handelsgewinnes willen, um einer elenden Geschäftsmacherei willen, in der das Zentrum ja stets die größte Berufenheit bewiesen hat. Aber durch noch so listige Zentrumsmachenschaften wird sich das deutsche Volk gewiß nicht irreführen lassen!

## Die moralische Züchtigung eines Demagogen.

Von unserem Korrespondenten.

chr. Paris, 1. Februar.

Der doppelte Renegat, der jüdische Verräter am Sozialismus und an der Republik, ist gestern zum zweiten Male unter dem brausenden Beifall der übergroßen Kammermehrheit gefolgt worden. Sogar seine treue Garde, die Rechte und das Zentrum, die alles vor der Sitzung ins Spiel setzten, um ihn zu neuen Ehren zu bringen, ließ ihren Willen an dem entscheidenden Augenblick im Stich.

Es ist wirklich ein Wunder, daß ein so geschickter und erfahrener Mann wie Willerand sich so kindisch überhöhlen ließ. Er handelte beinahe Narrisch, indem er die lächerlichste Figur der Drehschifferei, du Path de Clams, die unter dem Namen der „Verführerischen Dame“ eine Weltberühmtheit wurde — dieser Generalstabschef verkleidete sich in eine Dame, um den Kapitän Drehfus des Verrats zu überführen —, aus der gründlich verdienten Vergessenheit mit einem Ruck ins Leben zurückzuführen zu können, um ein Ministerium Briand zu verhindern und so zum Ministerpräsidenten zu gelangen.

Bekanntlich fiel er gründlich hinein. Sein Wegner Briand, der unendlich geschickter und geschmeidiger als der stolze und unzugängliche Willerand ist, hat alle seine Pläne durchzuführen verstanden. Briand wurde Präsident, Briand selbst Ministerpräsident, sein Rivale Willerand lag zu Boden.

Nun wollte Willerand die unsichere politische Lage ausnutzen, um Briand zu stürzen. Er ließ durch seine Getroffenen aus der Strebergruppe der „unabhängigen Sozialisten“ die Regierung unterstützen. Da aber diese Gruppe fast ausschließlich aus Ministerkandidaten besteht, so verriet ihn seine Stumpheit und interbellierten eigentlich gegen ihn.

Willerand suchte sich auf ein Versprechen seines Vorgängers zu stützen. Die ganze Affäre drohte zu einem kleinen Gezeck zwischen zwei Erzfeindungen auszuarten. Da erhob Jaurès seine Löwenstimme, und in einer kurzen, aber wirklich glänzenden Rede über die politische und soziale Seite der ganzen Affäre zeigte er, daß die Ernennung du Path de Clams bilde einen Ring in der langen Kette reaktionärer Umtriebe bilde. Die wuchtigen Worte Jaurès fanden einen guten Resonanzboden.

Willerand war moralisch vernichtet. Als der Kriegsminister Etienne sich gegen die Wiederannahme du Path de Clams in die Armee wandte und die Aufhebung der Willerandschen Maßregel der Kammer in trockenen Worten ankündigte, kam die Enthusiasmus der Kammer keine Grenzen. Wie so oft im französischen Parlament, wirkte die Begeisterung der übergroßen Mehrheit ansteckend. Die ganze Kammer stimmte für die Regierung — außer einer kleinen Zahl, die sich der Stimme enthielt. Es war ein ähnlicher Fall wie 1888 bei der Abstimmung anlässlich des Fälschungsskandals Henrys. Nur stimmte damals die ganze Kammer für den Fälscher, jetzt gegen den verantwortlichen Urheber der Drehschifferei.

Die moralische Verurteilung Willerands kann politische Folgen haben. Sie kann wieder die finsternen Mächte in der Armee etwas in den Hintergrund jagen. Gewiß ist dies Resultat nicht. Briand, der schlau genug ist, um mit niemand zu brechen, wird sich hüten, die Reaktion auch äußerlich zu zeigen. Er hat wieder Glück. Er kann, wenn er will, über Regierzeiten verfügen: über eine rein republikanische Mehrheit,

wenn es gilt, Reformen durchzuführen und der Reaktion zu Leibe zu gehen; aber eine gemischte Mehrheit, die von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken geht, um den Proporz zu verwirklichen.

Briands Gauberkunft ist die Liebeshörigkeit — und wo es geht, die teuflische Korruption. Wir begrüßen den Sturz des nationalistischen Demagogen Willerand, sehen aber keine besonders großen Hoffnungen auf den Sozialdemagogen Briand.

## In letzter Stunde.

Heute abend werden die Kanonen bei Adrianopel und Tschataldscha ihre blutige Arbeit von neuem aufnehmen. Die türkischen Delegierten haben in London den Balkanabgeordneten zwar zu verstehen gegeben, daß sie zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit seien, aber die Balkanabgeordneten haben darauf erwidert, daß sie den Vorschlag unter der Bedingung annehmen, daß die Türkei vorher den Bedingungen des Balkanbundes zustimme. So dürfte es denn zu neuem, wenn auch, wie man allgemein hofft, kurzem Kampfe kommen, wenn auch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die Hoffnung auf Verhinderung der Feindseligkeiten noch nicht ganz aufgeben will. Sie schreibt in ihrer Wochenrundschau über die Friedensbestrebungen der Mächte:

In dem Augenblick, da diese Zeilen erscheinen, ist die Hoffnung noch nicht geschwunden, daß es nach den letzten Erklärungen der Botschafter dem einseitigen Vermitteln der Großmächte gelingen könnte, erneutes Blutvergießen zu vermeiden. Ueber den Geist der europäischen Friedensbestrebungen können die Türkei und die Balkanstaaten nach den beiden Teilen zugehenden wohlgeleiteten Nachrichten nicht im Zweifel sein. In dieser Einwirkung werden die Mächte nicht nachlassen. Sollten wider Verhoffen die Feindseligkeiten abermals beginnen, so sieht schon jetzt fest, daß in diesem Falle die Mächte auch für den zweiten, voraussichtlich nur kurzen Teil des Balkankrieges neutrale Zurückhaltung beobachten und jede Sonderunternehmung vermeiden werden, wodurch die Verhinderung des Kampfes auf seinem Herz erschwert werden könnte.

Offenlich bemüht sich die deutsche Regierung, vor allem den österreichischen Bundesbruder zu neutraler Zurückhaltung zu bewegen und von jeder Sonderunternehmung abzuhalten.

## Adrianopel.

Konstantinopel, 1. Februar. Das Reichsbureau veröffentlicht ein Telegramm, das der Minister des Innern gestern vom Wali von Adrianopel erhalten hat. Es besagt: Gerüchte, die seit dem Abschluß des Waffenstillstandes in Adrianopel verbreitet waren, hatten die ganze Bevölkerung entnervt. Das neue Kabinett hat den Befehl gegeben, unser Leben zu geben. Es gibt in Adrianopel niemand, der nicht sein Leben opfern wird, um Adrianopel zu verteidigen, das ein sehr wichtiger Bestandteil des Reiches ist. In der Festung gibt es Lebensmittel und Munition, die noch sehr lange ausreichen können. Die Verteidiger und die Bevölkerung hoffen sicher auf einen Sieg. Truppen und Bevölkerung Adrianopels haben heute gemeinsam den Eid erneuert, die Stadt zu verteidigen, und es beginnt ein neues Leben in Adrianopel.

## Nationale Begeisterung und jugendliche Revolellen.

Konstantinopel, 2. Februar. Das Komitee und die Subkomitees für die nationale Verteidigung entfalten lebhaftes Tätigkeits. Die Einschreibung von Freiwilligen hat begonnen. Die Komitees von Afghanistan sandten 20 Pfund Sterling als Ergebnis einer Subskription. Telegramme aus den Provinzstädten melden, die Bevölkerung sei zu allen Opfern bereit und entschlossen, für die Verteidigung des Vaterlandes zu sterben.

Sofia, 2. Februar. Das bulgarische Hauptquartier in Demotiza meldet, daß die Jungtürken offen die Anhänger des gestürzten Kriegsministers Kasim Pascha verfolgen. Sabji Ali vom türkischen Generalstab erschien im bulgarischen Hauptquartier und stellte sich als Gefangener, um der jugendlichen Verfolgung zu entgehen. In Tschataldscha und Tschorlu trafen etwa 20 türkische Soldaten ein. Sie bestätigten die Nachrichten über blutige Zusammenstöße zwischen den Anhängern Kasim Paschas und denen der Jungtürken und erklärten, daß sie vor der Verfolgung durch die Jungtürken geflüchtet seien.

## Türkische Verhandlungslust.

Konstantinopel, 2. Februar. Gestern nachmittag ist der Generalstab Jussuf Pascha mit dem großen Hauptquartier nach Kabaah abgereist, um den Oberbefehl über die Tschataldschaarmee zu übernehmen. Der Ministerat beschäftigte sich mit den Berichten der türkischen Vorkämpfer über die Stellung der Mächte zu der Antimortnote der Türkei. Die Vorkämpfer Deutschlands und Oesterreichs hatten gestern eine zweitägige Beratung; es soll sich darum handeln, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen auf Grundlage der türkischen Antimortnote herbeizuführen und die Worte selbst soll in ihrem Wunsch, neues Blutvergießen zu verhindern, einen neuen Meinungsaustausch unter den Mächten angeregt haben. Die Worte soll sogar, wie berichtet wird, angebetet haben, daß sie nach Möglichkeit weitere Zugeständnisse in Verbindung ziehen würde, falls sie dadurch der Sache des Friedens dienen könnte.

## Die bulgarischen Schiffe gesunken.

Odesa, 2. Februar. Die russische Dampfergesellschaft erhielt eine telegraphische Meldung, daß die bulgarischen Schiffe Wazara und Burga gesunken seien. Infolgedessen wurden die Reisen nach Bulgarien eingestellt. Die bereits reisefertig bestaunten Dampfer begannen wieder auszuladen.

titel 22  
e  
rn  
m  
1.25, 1.50  
50 Pf.  
Verbesse-  
nisse 3.  
n  
u. 10 Pf.  
den.  
El. 25 Pf.  
ortimente  
Preisliste.  
Mittw.  
u. Frankf.  
26. 1.  
h  
nel, außer-  
Straßen-  
ben letzter  
um drinnen  
11 verjäh.  
10 000 Pf.  
f.  
we.  
rik  
ntik.  
nto.  
roler-  
chten  
Gänge &

Waffenverhaftung von Nordbrennern.

Saloniki, 2. Februar. 250 Personen, zum Teil bulgarische Land...

Serbien bedingte Bundesstreue.

Belgrad, 2. Februar. Die Anzeichen einer Entfremdung zwi...

Bundesbrüderliches.

Saloniki, 2. Februar. Die serbischen Behörden in Monastir...

Deutsches Reich.

Das Mißtrauensvotum und der Reichskanzler.

In seiner Norddeutschen Allgemeinen Zeitung beantwortet der...

Auf der Grundlage der von den Polen und einem Teil des...

Wenn die Mehrheit des Reichstags, die dem Herrn von Beth...

Reichseinfuhr - Reichsgesundheitsamt.

Der Gesezentswurf über vorübergehende Zollvereinfachun...

Das betonte in der heutigen Sitzung noch einmal Genosse...

Nach Erledigung dieser Vorlage wurde dann die Spezialde...

dem der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell und der Antisemit...

Das Schicksal des Petroleummonopols.

Die Neben bei der ersten Beratung des Petroleummonopol...

Und trotzdem wäre es falsch, daraus zu schließen, daß die...

Die Frage der Versorgungsmöglichkeit unter Ausschluß der...

Aber auch wenn von der Mehrheit der Kommission die Frage...

Aus dem Dreiklassenhaus.

Im preussischen Landtag kam am Sonnabend zunächst der...

Eine Bemerkung des Herrn Cassel gegen das Dreiklassen...

Die Rede Strossers schloß mit einem Appell, der landesber...

Neue Reichsgesetze für Wanderarme.

werden in der Nordd. Allgem. Zeitung angekündigt. Zur B...

Im Reichsamt des Innern sind vorläufige Gesetze entworfen...

Auch eine Lösung der Deckungsfrage.

Es ist ein alter Lieblingsgedanke unserer Junker, das unangenehme...

Der Berliner Lokalanzeiger bemerkt zu diesen Ausführungen...

Wählt die Regierung es, spätestens bis zum 30. April 1913...

Wie groß sind nun die Erträge der Stempelsteuer in den Einzelstaaten?

Blut wird der Herr Graf mit diesem Vorschlag kaum haben.

Uebrigens ist es ganz gleichgültig, ob der Reichstag einmal...

Das Reichsverbandungsblatt Nr. 174. Der Reichsverband gegen...

Der Landtag in Ruppe. Bei den vier Stichwahlen, die am...

Kleine politische Nachrichten. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet...

Montag... Wien... London... Berlin... Dresden... Hamburg... Köln... Frankfurt... Leipzig... Breslau... Posen... Danzig... Königsberg... Memel... Weimar... Jena... Halle... Magdeburg... Chemnitz... Nürnberg... München... Stuttgart... Karlsruhe... Darmstadt... Wiesbaden... Koblenz... Trier... Saarbrücken... Saarbrücken... Saarbrücken...

Rusland.

Oesterreich-Ungarn.

Das kaiserliche Hand schreiben an Russland.

Wien, 2. Februar. Wie die Neue Freie Presse erfährt, nimmt ein Handschreiben, das Kaiser Franz Joseph an den Zaren gerichtet hat, ausdrücklich Bezug auf die zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland schwebenden Differenzen. Es sei als ein bedeutender Akt der auswärtigen Politik aufzufassen, weil von seiner Absendung die österreichisch-ungarischen diplomatischen Vertreter im Auslande telegraphisch verständigt worden sind.

England.

Deutsch-englisches.

London, 1. Februar. Während der Kaisergeburtstagsfeier der deutschen Kolonien hielt der deutsche Volschaffter Herr Richter eine Rede, in der er sagte: Das deutsche Volk ist trotz seiner glänzlichen Vergangenheit ein Friedensvolk. Die heutigen Beziehungen, die Sie zu England anknüpfen konnten, wo Sie Ihre zweite Heimat fanden, sind der Ausdruck der friedlichen Politik, die Deutschland unter der Regierung des Kaisers betreibt. Sie werden ganz besonders im Verlaufe der letzten Monate gesehen haben, daß die Regierung des Kaisers es als ihre vornehmste Pflicht betrachtet, in Uebereinstimmung mit unseren Verbündeten und in Gemeinschaft mit der ihr eng verbundenen großbritannischen Regierung im Sinne der Erhaltung des europäischen Friedens zu wirken und Gegenseitigkeit durch vermittelndes Eingegangekommen beizubringen zu helfen. In diesem Sinne erreichten die Großmächte auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens, daß der Weg zur Verständigung immer wieder offen blieb, und sie sind auch weiterhin bestrebt, in innigstem Einvernehmen an die Lösung etwa aufsteigender Probleme heranzutreten. Wir dürfen daher die Hoffnung aussprechen, daß die auf Anregung Sir Edward Grey zusammengetretene Versammlung der Volschaffter sich auch weiterhin bewähren und zu dem gewünschten Ziele der Erhaltung des europäischen Friedens führen wird.

Suffragettätigkeit.

London, 2. Februar. Die Suffragetten greifen jetzt auch die öffentlichen Gebäude und Plätze an. Gestern wurden im Tower die Glascheiben eines Zinnenloftens zertrümmert; auch in den Ruffen wurde viel Unheil angerichtet. Aus Furcht vor den Suffragetten sind sämtliche Plätze dem Publikum verschlossen.

China.

Die Wangaofeitraje.

Peking, 1. Februar. In Peking, die dem Präsidenten Yuanfankai nahe stehen, verlautet, daß die Regierung für das Frühjahr eine Expedition gegen die äußere Wangaofei beschließen habe. Durch einen geheimen Befehl des Präsidenten sei der Vizepräsident zum Oberbefehlshaber der Expedition ernannt worden. In Walmatschin ist eine mongolische Miliz organisiert und beauftragt worden.

Jahrestagung der britischen Arbeiterpartei.

L. K. London, 30. Januar.

Die 13. Jahrestagung der britischen Arbeiterpartei ist gestern in London zusammengetreten. Es sind ungefähr 500 Delegierte anwesend, die 1895 748 Wähler vertreten. Es sind vertreten 136 nationale Gewerkschaften, 82 lokale Gewerkschaftskomitees, 70 Lokalorganisationen der Arbeiterpartei, die Independent Labour Party, die Fabian Society, die Arbeiterinnenliga und eine lokale Konsumgenossenschaft.

Der Vorsitz führt der Abgeordnete von Northwich, George Roberts, Inthograph und Mitglied der J. L. P. Zur Eröffnung führte er aus: Die Erfahrungen der letzten 13 Jahre (seit der Gründung der Arbeiterpartei) zeigen, daß die politische Arbeiterbewegung sich als eine wesentliche Waffe des Kampfes der Arbeiterklasse und als einen Bestandteil des nationalen Lebens fest eingebürgert hat. Ihre verschiedenen Verhältnisse werden immer fester zusammengefaßt, und sie übt einen segensreichen Einfluß auf nationale und municipale Angelegenheiten aus. Obwohl die Arbeiterpartei noch klein und jung ist, hat sie sich als die einzige Kraft erwiesen, die im Interesse der Einheit und des Fortschritts ausgerollt werden muß.

Die Führung in der Arbeiterwelt hat im letzten Jahre wieder zugenommen. Die Arbeiter beobachten die sozialen Verhältnisse, fangen an zu denken und es beunruhigt sie ihrer der Welt der Reichen, der sie zu Taten treibt. Daß die politischen Organisationen mit dieser Führung nicht ganz Schritt halten, ist zum großen Teil auf den Konflikt über die Kampfmethode innerhalb der Arbeiterklasse zurückzuführen. Einigkeit ist nötig, um dem Feind erfolgreich entgegenzutreten.

Es ist neuerdings behauptet worden, daß die politische Aktion unnütz sei und nur die gewerkschaftliche Aktion zum Ziele führen könne. Die Arbeiterpartei steht auf dem Standpunkt, daß beide Waffen notwendig sind.

Roberts gab dann einen Rückblick auf die parlamentarische Tätigkeit des Jahres und begrüßte das Erscheinen des Daily Citizen, des Tagesblattes der Arbeiterpartei, das schon jetzt sehr wertvolle Dienste geleistet habe. Die Eröffnungssprache schloß mit einem Hinweis auf die Kriegsfrage und die Notwendigkeit internationaler Solidarität.

Nach den Ansprachen der britischen Delegierten des Gewerkschaftscongresses und des Gewerkschaftsverbandes wird die Verhandlung des Vorstandesberichts in Angriff genommen, die keine wesentliche Debatte brachte.

Am zweiten Tage erfolgte die Verhandlung des wichtigsten Gegenstandes der Jahrestagung, die Frage der Parteizusammensetzung.

Roberts brachte den folgenden Vorschlag des Vorstandes ein: Angesichts der von angeschlossenen Organisationen erhaltenen Berichte über dargefallene Verletzungen der Partei-

statuten im Lande und Mite der Parteientreue im Unterhause hat der Vorstand die Wichtigkeit und die Notwendigkeit der Wahrung strengerer Disziplin sorgfältig erwogen. Es ist anzunehmen, daß ein Parlamentsabgeordneter, der im Verhabe irgendeiner Partei bleiben will, der Partei eine gewisse Solidarität schuldig ist, um an der Arbeit der Partei teilzunehmen und ihre Whips (die Aufforderungen der Parteileitenden an die Parteiabgeordneten, bei bestimmten Anlässen oder Abstimmungen im Unterhause zugegen zu sein) zu erhalten. Der Vorstand schlägt deshalb der Konferenz den folgenden Beschluß vor:

Der Vorschlag des Vorstandes geht dahin, daß jede Frage der Verletzung der Parteistatuten durch einen Abgeordneten diesem sofort vorgelegt werde. Falls er keine zufriedenstellende Antwort gibt, soll ein Vorgehen an die Organisation berichtet werden, die ihn als Kandidaten aufgestellt hat. Wenn weder das Parlamentsmitglied noch seine Organisation eine zufriedenstellende Erklärung geben, dann soll die Angelegenheit in einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und der Unterhausfraktion behandelt werden, die beschließen kann, dem betreffenden Abgeordneten entweder dauernd oder vorübergehend seine Whips zu senden, mit anderen Worten: ihn von der Fraktion auszuschließen. Dasselbe Verfahren soll eingeleitet werden, wenn das Betragen eines Abgeordneten gegen die in den Resolutionen der Konferenz niedergelegten Grundsätze und Taktik verstoßt oder wenn er die kollektiven Beschlüsse der Unterhausfraktion beharrlich bekämpft.

Bruce Gifford (J. L. P.) unterstützt den Antrag. Daß Abgeordnete kritisiert werden, ist nicht nur die Erfahrung der englischen Arbeiterpartei, sondern auch der sozialistischen Parteien in der ganzen Welt. Die Arbeiterpartei verdient ohne Zweifel kritisiert zu werden, aber er meint, daß sie im großen und ganzen radikaler ist als die Masse der Arbeiter im Lande. Es gibt aber auch Mitglieder der Arbeiterpartei, die gar nicht zu ihr gehören, sondern auf den Liberalen oder konservativen Wänden sitzen müßten. Mit diesem muß endlich energisch verfahren werden. Dagegen sollten Abgeordnete, die nur deshalb gegen die Parteistatuten verstoßen, weil sie in ihrem Enthusiasmus und in ihrem Kampfesifer über die Stange hinaus, nachsichtig behandelt werden. In allen Fällen ist es sehr unangehen, einen Young auszuüben zu müssen, und es wäre viel besser, wenn die Organisationen schon bei der Kandidatenwahl darauf sehen würden, daß sie die rechten Männer ins Parlament wählen.

Abg. Thorne ist gegen die Resolution, weil er glaubt, daß sie hauptsächlich gegen den linken Flügel der Arbeiterpartei gerichtet ist. Ohne die Landsburg-Angelegenheit hätte der Vorstand wahrscheinlich den Antrag nie eingebracht. Die Streitigkeiten in der Arbeiterpartei kommen daher, daß zwei Sektionen in ihr sind, die sich in fundamentalen Fragen nicht einigen können. Unter den 49 Abgeordneten seien eigentlich nur 13 Sozialisten.

Anderson (Präsident der J. L. P.): Thorne hat mit seiner Rede der Partei einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Sie ist geeignet, Uneinigkeit zu stiften. Er hat vielen Sitzungen der Arbeiterpartei beigewohnt, aber nie etwas von den grundlegenden Differenzen bemerkt, von denen Thorne spricht. In den Fragen der praktischen Politik, der Verfaßlichung des Grund und Bodens, des Vertrags, der Eisenbahnen sowie in fast allen Fragen der Sozialreform ist die Fraktion durchaus einig. Thorne möge doch einen einzigen Fall anführen, wo die Arbeiterpartei seinem Kampfe für den Sozialismus überhaupt oder innerhalb des Parlamentes im Wege gestanden wäre.

Porter (Warrington): Man hätte meinen sollen, dieser Antrag sei gerade das, was die radikale Fraktion der Partei wünschte. Der Antrag des Vorstandes wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgte dann die Beratung über

Frauenwahlrecht und die Wahlreform.

Hierzu wurde eine Resolution eingebracht, die die früheren Beschlüsse der Arbeiterkonferenzen betrafte, die durch die Entscheidung des Sprechers des Unterhauses geschlossene Lage behauptet und erklärt, daß der Ministerpräsident seine Versprechungen nur so einlösen kann, daß die Regierung in der nächsten Session die Gelegenheit zur Verhandlung einer Frauenwahlrechtsvorlage bietet und wenn diese in zweiter Lesung angenommen wird, sie völlig zu der ihrigen macht. Die Arbeiterpartei wird beauftragt, eine demokratische Frauenwahlrechtsvorlage mit allen Kräften zu fördern.

Zu dieser Resolution schlägt

Duvern (J. L. P.) im Namen der J. L. P., der Arbeiterinnenliga und der Fabian Society einen Zusatzantrag vor, der die Arbeiterpartei auffordert, jede Wahlrechtsvorlage zu bekämpfen, die keine Frauen einschließt. Dieser Zusatzantrag wird zunächst von Frau Simms (Arbeiterinnenliga) und Sanders (Fabianische Gesellschaft) unterstützt.

Abgeordneter Thorne macht die Konferenz darauf aufmerksam, daß es sich hier um eine klare und ungewöhnliche Antwort auf die Frage handelt, ob die Arbeiterpartei gegen eine Vorlage zur Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts stimmen soll, falls nicht gleichzeitig eine Frauenwahlrechtsvorlage eingebracht wird.

Abgeordneter Walsh (Verarbeiter): Der Zusatzantrag widerspricht sowohl den Beschlüssen aller früheren Kongresse, wie den Versprechungen, die die Arbeiterabgeordneten ihren Wählern gemacht haben. Seine Annahme würde diese Abgeordneten in eine sehr schwierige Lage versetzen. Er warnt die Konferenz, sich nicht aus Sympathie für die betrogenen Frauen zu übereilten Beschlüssen verleiten zu lassen.

Abgeordneter Snowden (J. L. P.) hält eine sehr begeisterte Rede zur Unterstützung des Zusatzantrages. Wir müssen uns vor Augen halten, daß die Ereignisse der letzten Woche die Lage völlig verändert haben. Zunächst hat die Regierung nun alle ihre früheren Verpflichtungen zurückgezogen. Man sagt uns, das Frauenwahlrecht könne nicht eingeführt werden, weil das Kabinett sich nicht darüber einigen kann. Wer ist das Kabinett? Werden wir in einem demokratischen Lande oder nicht? Wenn die Kabinettsregierung dem Ausdruck des Willens des Unterhauses im Wege steht, dann muß die Kabinettsregierung eben beiseite gehen. (Großer Beifall.) Es wäre nicht ehrenhaft, den Männern noch mehr Stimmen zu geben, so lange der Anspruch der Frauen nicht befriedigt ist.

Die Resolution wird zusammen mit dem Zusatzantrag mit 850 000 gegen 437 000 Stimmen angenommen. Die Verarbeiter enthielten sich der Abstimmung, da sie zu der Resolution nicht vorher Stellung nehmen konnten. Das Ergebnis der Abstimmung wird mit großem Jubel, insbesondere von den auf der Galerie anwesenden Frauen, aufgenommen.

Arbeiterführer als Staatsangehörige.

Ironmonger (Arbeiterpartei Lambeth) schlägt folgende Resolution vor: Die Konferenz ist der Ansicht, daß kein Arbeiterabgeordneter oder Angehöriger der Arbeiterpartei ein bezahltes Amt irgendeiner Art von irgendeiner kapitalistischen Partei annehmen darf, und daß, wer eine solche Stellung annimmt, sofort ausgeschlossen werden muß.

Cavanagh (Bauarbeiter) unterstützt den Antrag: Der Zustand muß ein Ende nehmen, daß Leute ihre Stellung in der Arbeiterbewegung dazu benutzen, um sich Regierungsämter zu verschaffen. Das schadet der Bewegung in zweifacher Weise. Für die Regierung ist das ein Mittel, uns unserer erfahrensten und tüchtigsten Leute zu berauben. Und dann werden solche Vorgänge Eiferstich und Mißtrauen unter den Arbeitern gegen ihre Führer.

Tag (Wolton) unterstützt den Antrag: Diese Leute müssen eben zwischen der Regierung und der Arbeiterbewegung wählen. Das geringste, was man von ihnen erwarten kann, ist, daß sie, wenn sie sich für einen Regierungsposten entschieden haben, aus der Partei austreten.

Jagger (Gondensungsingenieur) ist gegen den Antrag und

fragt, ob die Konferenz wirklich dafür ist, die ganze lokale und nationale Verpaltung unseren offenen Feinden zu überlassen. Präsident Roberts antwortet auf verschiedene Zwischenrufe, daß weder Macdonald noch ein anderer Abgeordneter irgendwelche bezahlte Staatsämter bekleiden. Die Arbeit an königlichen Kommissionen, wie die, an der augenblicklich Macdonald sitzt, ist gänzlich unbezahlt. Im übrigen meint Roberts, daß Arbeiterführer, die eine Staatsanstellung annehmen, ihre Ämter in der Partei selbstverständlich niederzuliegen haben, aber es wäre nicht klug, sie uns darüber hinaus zu entzünden.

Parteisekretär Henderson warnt vor übereilter Beschlußfassung. Es handelt sich keineswegs um die paar Arbeiterabgeordneten, sondern um Hunderte von unseren Leuten im Lande. Viele von diesen sind wegen ihrer Agitationsarbeit von den Unternehmern gemäßregelt und wirtschaftlich ruinirt und dann von den Arbeitern selbst in municipale Stellen gedrängt worden, wo sie der Bewegung wertvolle Dienste leisten können. Die Verbündigungen gegen die Arbeiterabgeordneten meist er energisch zurück. Die Abgeordneten haben im Gegenteil nicht die gebührende Anerkennung dafür gefunden, daß sie ihnen von der Regierung angebotene Stellen so beharrlich abgelehnt haben.

Die Resolution wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Auf den Antrag des Vorstandes wird nach Verlesung eines Schreibens des Internationalen Bureaus unter großer Begeisterung einstimmig beschlossen, den bulgarischen und serbischen sozialistischen Parteien, denen der Krieg sehr schwere Verluste an Gut und Blut gebracht hat, aus der Internationalen der Partei je 100 Pfund Sterling (einen bei den Finanzverhältnissen der Partei sehr beträchtlichen Betrag) zu schicken. Ferner wurde beschlossen, eine offizielle Aufforderung an alle der Partei angeschlossenen Gewerkschaften zu richten, den Balkansozialisten mit möglichst noch viel größeren Summen beizustehen.

Prognose der türkischen Landeswetterwarte für den 4. Februar.

Nordwestwinde; meist bedeckt; mild; zeitweise Niederschlag. Wetterlage: Die Wetternachrichten aus dem Norden Europas sind heute nur spärlich eingegangen. Diese wenigen Beobachtungen lassen vermuten, daß das Tief sich auf dem Wege nach Nordosten befindet. Hoher Druck rückt von Südwesten her nach. Das Druckmaximum lagert über Südrussland. Der Einbruch des nördlichen Tiefs ist heute noch vorübergehend und wird es bis morgen bleiben. Eine erhebliche Abänderung des Wetters ist daher nicht zu erwarten.

Wetterbericht von der Wetterkammer an der Friedrich-August-Brücke vom 3. Februar, mittags 12 Uhr.

Barometer 755. Veränderlich. Thermometer + 4,0° R. Thermometertrag: Min. + 2°, Max. + 5°. Hygrometer 72%. Wasserstand - 152 Zentimeter.

Letzte Telegramme.

Zum Ablauf des Waffenstillstandes.

Konstantinopel, 3. Februar. Die türkischen Friedensbevollmächtigten haben den Befehl erhalten, erst nach der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten von London abzutreten. Eine offizielle Note erklärt, die türkischen Truppen seien angewiesen worden, nicht früher zu schießen, als bis die Bulgaren nach Ablauf der Fünfzigtagfrist des Waffenstillstandes zu feuern beginnen. Die Worte hat es für nötig gehalten, diese Weisung zu erteilen, damit die Öffentlichkeit überzeugt werde, daß die Verantwortung für den Wiederbeginn des Krieges ausschließlich auf die Verantwortlichen falle.

Gegen die Jungtürken.

Paris, 3. Februar. Katin meldet aus Konstantinopel: Man weiß jetzt bestimmt, daß Bertel Pascha nach Konstantinopel kam, um im Auftrage der oppositionellen Offiziere die Erklärung abzugeben, daß sie den neuen Oberkommandierenden der Armee, Jazet Pascha, nicht anerkennen und ihm dringend abraten, nach der Reichshauptstadt zu kommen. Ferner ist jetzt bekannt geworden, daß eine Kavallerieabteilung das dritte Armeekorps angriff und ihm große Verluste zufügte. Auch die Kavallerieabteilung hatte zahlreiche Verwundete auf ihrer Seite. Ender Bei kam in Begleitung eines Parteifreundes nach Sabamöl, wo er eine politische Rede halten wollte. Er wurde jedoch daran gehindert und es kam zu einer Schlägerei, in deren Verlauf verschiedene Offiziere getötet wurden. Nur mit Mühe gelang es, die streitenden Parteien wieder zu beruhigen. Ender Bei konnte mit seinem Parteilager flüchten.

Die bulgarische Ansicht.

Petersburg, 3. Februar. Ankara hat in Sofia wissen lassen, daß die Türkei bereit wäre, in neue Friedensverhandlungen einzutreten und hat angeregt, an der Friedensvermittlung teilzunehmen. Die bulgarische Regierung ist jedoch der Meinung, daß alle Vorschläge der Türkei nicht dazu bringen werden, den Forderungen der Alliierten nachzugeben. Bulgarien soll jedoch das Versprechen gegeben haben, sich vorläufig nur auf die Befreiung Adrianopels zu beschränken.

Italienische Wünsche.

Konstantinopel, 3. Februar. Die italienische Botschaft ist namentlich in den letzten Tagen wiederholt bei der Porte eingetreten, damit die Ehrenkräfte von den dort noch befindlichen türkischen Truppen geräumt werde und damit die noch besetzten Inseln der Türkei zurückgegeben werden können.

Eisenbahnerstreik.

Ottawa, 3. Februar. Der Ausbruch der Angestellten der Canadian-Pacific-Eisenbahn ist beendet. Es sind höhere Löhne bewilligt worden. Die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen werden.

Wüstungslid.

Marfelle, 3. Februar. In der Nähe der Froul-Inseln ist während eines Sturmes ein mit fünf Personen besetztes Motorboot untergegangen.

Feuersbrunst.

Sasannah, 3. Februar. Durch eine große Feuersbrunst wurden hier mehrere am Ufer gelegene Werften, eine Reismühle sowie einige andere Gebäude völlig zerstört. Der Schaden beträgt 1 1/2 Millionen Dollar.

Eisenbahnunfall.

Kathwik, 3. Februar. Gestern nachmittags 5 Uhr 18 Minuten fuhr der Personenzug 397 am Einfahrtsignal des Bahnhofes Dolevicum auf den ausfahrenden Güterzug 8215. Die Lokomotive, der Personenzug und ein Personenzug des erwähnten Zuges sowie sechs Güterwagen entgleisten. Zwei Reisende und drei Zugbeamte wurden leicht und eine Person schwer verletzt. Der Personenzug wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. Am Montag Abend wird die Strecke voraussichtlich wieder frei sein. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Schiffsuntergang.

Philadelphia, 3. Februar. Gestern früh rief der Dampfer Prinz Oskar von der Hamburg-Amerika-Linie vor der Fife-Halbinsel mit einem Schoner zusammen. Der Segler sank. Seine Mannschaft wurde am Bord des Prinzen Oskar genommen. Dieser ist zur Reparatur nach Philadelphia zurückgekehrt. Das Schiff neigte sich nach achtern.

Schiffsuntergang.

Philadelphia, 3. Februar. Gestern früh rief der Dampfer Prinz Oskar von der Hamburg-Amerika-Linie vor der Fife-Halbinsel mit einem Schoner zusammen. Der Segler sank. Seine Mannschaft wurde am Bord des Prinzen Oskar genommen. Dieser ist zur Reparatur nach Philadelphia zurückgekehrt. Das Schiff neigte sich nach achtern.

Das heutige Blatt umfasst 12 Seiten.

# 4. Wahlkreis.

Freitag den 7. Februar 1913, abends 9 Uhr im Saale von Stadt Leipzig, Leipziger Straße

## Große Volks-Versammlung

Das Scheitern der Schulreform und die volksfeindlichen Parteien des Landtages.  
Referent: Landtagsabgeordneter Robert Wirth.

Zahreiche Beteiligung an dieser wichtigen Versammlung erwartet  
Der Einbufer: Julius Eggert, Seidniger Platz 5, 3.  
Öffentliche politische Versammlung.

# Kl. Z.

Mittwoch den 5. Febr. abends 6 1/2 Uhr.

Vereinigte Turner und Sänger Niederhermsdorf u. U.

Die für 1913 ausgelosten Anteilsscheine sind folgende Nummern: 8 82 101 104 187 154 194 209 212 227. Der Vorstand.

Gasthof Kronprinz Hosterwitz.

Morgen Ballmusik Fastnacht Eintritt frei.

# Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Dresden und Umgegend.

## Branche der Schmiede

Freitag den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr im großen Saale des Volkshauses

## Schmiede-Versammlung

Z Tages-Ordnung:  
1. Band und Seite im Orient. Referent: Herr Schriftsteller G. Kolbhardt.  
2. Die Behelmsfrage in der Dresdner Schmiede-Zwangszunahme.  
3. Branchen- und Verbands-Ragelegenheiten.

## Branche der Mechaniker und Optiker

Tanz-Abend  
Sonabend den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Odeon, Carusstraße

## Branche der Former u. verw. Berufe

Tanz-Abend  
Sonabend den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Frei-Kaiserhof, Adlon

# Varieté Deutscher Kaiser

Heute Montag abends 7 Uhr  
Gr. Gala-Elite-Vorstellung

ff. Konzert und Fastnachts-Rummel.  
Achtung! Morgen Dienstag den großen Faschings-Rummel Achtung!

nicht vergessen!!!

# Bellevue

Waithers-straße 27  
Fastnachts-Dienstag den 4. Februar  
Großer Faschingsball  
bis 1 Uhr nachts. Von 7-8 Uhr: Froh Tanz. Fastnachtspolkae.  
Dazu ladet freundlichst ein Edwin Nitsche u. Frau.

# Gambrinus-Säle, Löblauer Straße 66

Dienstag: Gr. Fastnachts-Ball mit verschiedenen Ueberraschungen  
Es laden freundlichst ein Otto Neumann und Frau.  
Achtung, Vereine! 1. Osterfeier Saal frei!

# Ballsaal Germania Dresden-Alt-Grana

12 Straßensahlinwie 12. - Telefon 17 325.  
Fastnachts-Dienstag: Elite-Ball mit Polonäse.  
Es ladet ergebenst ein H. Franz.

# Gasthof Stetzsch

Morgen Fastnachts-Dienstag  
Große Ballmusik mit Kottillon.

# Erbgericht Klossche.

Dienstag: Feiner Fastnachts-Ball

# Welt-Etablissement zum Steiger

Niederpeterwitz - Pöschappel  
Dienstag den 4. Februar (Fastnacht)  
Großer öffentlicher origineller Lumpenball.  
Größte Veranstaltung seit Menschengedenken. Die drei originellsten Erscheinungen werden prämiert. 1. Preis 10 M., 2. Preis 8 M., 3. Preis 5 M. Inparteiliche Preisrichter aus dem Saal. Sämtliche Preise werden bar ausbezahlt. Punkt 11 Uhr: Großer Lumpenwauze mit Prämierung und Niemandfalschen-Polonäse.  
Darum Vorrede: Müßt euch für Dienstag zum Lumpenball bei eurem Steigertort  
Karl Haase.

# Musenhalle

Einziges Varieté u. Volks-Theater des Westens  
Täglich abends 8,10 Uhr  
:: Das hervorragende Februar-Programm ::  
Die 6 Gardenias???

Man muß sie gesehen haben. Prachtanstellung.  
Morgen Fastnacht-Dienstag von 6-11 Uhr im herrlich dekorierten Ballsaal! Konturrenzlos!

# Grosser Faschings-Trubel!

Zoller Betrieb. - Umzug des Prinzen Karneval. Besondere Ueberraschungen.

# Sarrasani

Telephon 17812 und 17760.  
In jeder Vorstellung:

# Harry Morton

und Das Saxon-Trio  
Die stärksten Männer der Welt  
Allabendlich 7 1/2 Uhr: Gala-Vorstellungen.  
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag 3 und 7 1/2 Uhr:  
Je 2 Vorstellungen.  
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.  
Vorverkauf:  
An der Circuskasse. Im Warenhaus H. Herzfeld  
In sämtlichen Zigarrengeschäften von L. Wolf.

# Restaurant Goldner Helm, Dürerstr. 105

Montag den 3. und Dienstag den 4. Februar  
Fastnachts-Feier  
Freunde und Bekannte ladet ergebenst ein K. Kert.

ff. köstliches Rindschaf-Beobier ff. köstliches Rindschaf-Beobier  
Ab heute und folgende Tage  
Die grosse  
Karnevals-Woche  
verbunden mit  
Fastnachts-Feier und Beobier-Rummel  
im  
Bürger-Casino  
25 Grosse Brüdergasse 25  
Beschiedene Ueberraschungen Beobiertrift alle  
Drei Kapellen ff. köstliches Rindschaf-Beobier

# Gasthof Pieschen

Morgen Fastnachts-Dienstag  
Große öffentl. Ballmusik  
Besuchungsbeil A. Leipert.

# Die Wintergarten-Redoute

steht diesmal, der politischen Konjunktur  
:: entsprechend, im Zeichen einer ::

# HAREMS-NACHT

Arabisches Serail. :: Türkische Kaffeestube.  
Odaliken. :: Haremswächter. :: Eunuchen.  
Scheheresade, die Göttliche. Die goldene Fiege.  
Montag den 3. Februar 1913  
von abends 8 Uhr an  
in sämtlichen Räumen des Wintergartens und der Wittelsbacher Bierhallen, Moritzstrasse 10.  
Masken-Garderobe im Hause.

# Stadt Amsterdam, Laubegast.

Fastnachts-Dienstag: Feine öffentl. Ballmusik  
Es ladet freundlichst ein Gold.

# Erstes Kulmbacher

# Wobsa

ff. Bockbier ff.  
Montag und Dienstag  
Faschingsmusik

# Müllers Restaur.

"Zum Vater Kohl"  
Blotzauerstraße 38  
Sonabend den 1. Februar und folgende Tage

# Bock-Bier-Rummel!

Eintritt gratis! 1. Beobiertrift!  
Musikal. Unterhaltung.

# Restaur. Kielmannsegg

Tharandter Straße 54  
Morgen Dienstag  
Schlachtfest  
von früh 8 Uhr Wellfleisch  
und Leberwürstchen.  
Nachmittags fr. Hut- u. Leberwurst.  
Ed. Wänzel und Frau.

# Mutterspritzen

Hygien. Frauenartikel  
Frau Heusinger  
Am See 37  
Ede Fibelwälder Platz

# Sie sparen

die Hälfte, wenn Sie herrschaftlich  
wenig getragene Kleider kaufen.  
Kaufe von 7-25 M. Ueber-  
zieher und Mäntel von 6-25 M.  
Noppen 3-5 M., Güten 2-5 M.  
Schuhe v. 2-5 M., Schals 1-5 M.  
Nur Gr. Brüderg. 11, 12.  
Eingang Carusstraße.  
Kausen v. auswärts fabri vorgeht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Karl G. Sch. Dresden-Kitzsch.  
Verantwortlich für den Anzeigenenteil:  
Wolfgang Richter, Dresden.  
Druck und Verlag: Saden & Kamp, Dresden.



Dresden kontra Westvorort!

Bekanntlich schwebt zurzeit ein Rechtsstreit zwischen dem Gemeinde-Vereinsverband Elbtal und der Stadtgemeinde Dresden wegen Einführung von Koch- und Heizgas in Vorstadt Cotta. Der Prozeß wurde in erster Instanz zugunsten der Stadtgemeinde entschieden, doch hat hiergegen der Verband beim Oberverwaltungsgericht Berufung eingelegt. Die Entscheidung der höchsten Instanz steht noch aus. Gewirgt durch die Erfahrungen im Laufe des Prozesses, hat der Verband, dem die Landgemeinden Briesnis, Stehsch, Kemnis, Cosselbaude, Oberwartha, Wöhlitz, Wobischau, Domschütz und Leutewitz sowie die Stadtgemeinde Dresden als Rechtsnachfolgerin derormaligen Landgemeinde Cotta angehören, neue Satzungen aufgestellt, die lediglich darauf hinauslaufen, eine Erklärung des schon ohnehin großen Einflusses der Stadt Dresden innerhalb des Verbandes nach Möglichkeit hintanzuhalten. So hat man die Bestimmungen über die Beschlußfähigkeit und das Stimmrecht geändert. Nach § 12 der Satzungen ist das Stimmrecht nach Anteilen ausgebaut. Der Verband hat nun beschlossen, daß Beschlüsse, gegen die zwei Drittel der Verbandsgemeinden stimmen, als abgelehnt gelten. Diese Bestimmung würde zur Folge haben, daß die kleineren Verbandsgemeinden die größeren majorisieren können. So würden 23 gegen 22 Stimmen bereits die Ablehnung eines Beschlusses herbeiführen können. Es ist deshalb begreiflich, daß sich Dresden, das von den 105 Gesamtstimmen des Verbandes allein 40 hat, gegen eine solche Bestimmung wehrt. Der Stadtrat zu Dresden hat vorgeschlagen, die Bestimmung derart zu fassen, daß Beschlüsse, die gegen den Willen der Stadt oder der übrigen Verbandsgemeinden gefaßt werden auf Antrag der Minderheit, sobald diese mindestens ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat, der Bestätigung der Aufsichtsbehörde bedürfen. Die Kreisbauhauptmannschaft hielt den Einwand der Stadtgemeinde Dresden für durchaus berechtigt, auch den weiteren, daß zu einer Änderung der Satzungen und des Stimmverhältnisses die Anwesenheit von drei Vierteln der Gesamtstimmen erforderlich ist. Es wird darauf hingewiesen, daß unter solchen Umständen zwei Gemeinden, Dresden und Cosselbaude, die zusammen über 62 Stimmen verfügen, die übrigen Verbandsgemeinden glatt überstimmen könnten. Deswegen soll die Bestimmung dahin abgeändert werden, daß zu solchen Beschlüssen drei Viertel aller abgegebenen Stimmen erforderlich sind. Andererseits wird jedoch zugestanden, daß das Interesse der Verbandsgemeinden an der Erhaltung der Lebensfähigkeit des Verbandeswertes ein erheblich größeres ist als das der Stadt Dresden, da erstere ein viel größeres Mitsprache mit ihrer finanziellen Beteiligung im Verhältnis zu ihrem Gesamtvermögen tragen als die Stadt Dresden. § 12 soll den Zusatz erhalten, daß die Höchstzahl der einer Verbandsgemeinde zustehenden Stimmen 40 beträgt. Damit ist also verhindert, daß Dresden allein die ausschlaggebende Stimmenmehrheit erhalten kann. Weiter hat Dresden die Bestimmung in § 16, Abs. 1, demängelt, wonach bis zum Jahre 1913, um die Lebensfähigkeit des Wertes bis dahin zu sichern, im Bezirk der Verbandsgemeinden weder Gas noch Elektrizität, zu Kraft- und Lichtzwecken von anderer Seite als vom Verbandswerte eingeführt werden darf. Dresden hat dagegen protestiert, es behauptet, daß eine derartige Bestimmung nur einstimmig gefaßt werden könne. Dieser Standpunkt ist aber nicht als gerechtfertigt anerkannt worden. Endlich will Dresden nach § 18, der von der Auflösung und dem Austritt der Verbandsgemeinden handelt, den Passus „mit Zustimmung der übrigen Verbandsgemeinden“ gestrichen haben, weil im anderen Falle eine Verbandsgemeinde gegen ihren Willen im Verbandsverband festgehalten werden könne. Die Kreisbauhauptmannschaft hat diesen Einwand der Stadt Dresden aber als unbedeutlich zurückgewiesen, weil andere ähnliche Verbände nach gleichstehenden Bestimmungen haben. Der Kreisbauhauptmannschaft angeschlossen und in ihrem Sinne entschieden.

Verkehr und Karneval.

Die Polizei macht bekannt: Am Nachmittag des 4. Februar d. J. wird in hiesiger Stadt ein Karnevalszug stattfinden, der um 2 Uhr von der Stübellee auszieht. Er bewegt sich dann durch die Gramer Straße, Pirnaischer Platz, Amalienstraße, Amalienplatz, Carolabrücke, König-Albert-Straße, Albertplatz, Hauptstraße, Friedrich-August-Brücke, Schloßplatz, Augustusstraße, Neumarkt, Moritzstraße, König-Johann-Straße, Altmarkt (Nord- und Westseite), Seestraße, Prager Straße, Wismarplatz, Lindenaustraße, Werderstraße, Sidonienstraße, Wilschauerstraße, Jägerndorferstraße, Johann-Georgen-Allee, Kemnitzstraße, Stübellee, wo die Auflösung des Zuges erfolgen soll. Außer den am Zuge selbst beteiligten Schaar- und Festwagen und den für einige Vorhände genehmigten Sonderzügen dürfen irgendwelche andere Wagen ähnlicher Art in den Straßen der Stadt nicht herumfahren oder sich aufstellen. Dies gilt besonders auch von Wagen, die zu Neufahrten bestimmt sind. Die von dem Zuge berührten Brücken, Straßen und Plätze werden vor Antritt des Zuges bis nach dem Vorbeimarsch für allen Fahr- und Reitverkehr gesperrt. Das Mitgehen der Zuschauer neben oder zwischen den Fuhrwerken und Gruppen des Zuges ist verboten, ebenso das Aufstellen von Wägen, Tischen, Leitern, Handwagen und dergl. vor, zwischen oder hinter dem auf den Straßen und Plätzen stehenden Publikum. Die Drohkostenstandplätze auf dem Altmarkt dürfen von nachmittags 2 Uhr bis abends 8 Uhr nicht besetzt werden. Fußgänger haben sich so weit irgend möglich auf der in der Gangeordnung rechts Straßenseite zu halten und nach rechts auszuweichen. Allen von den Beamten der Polizeidirektion erteilten Weisungen ist unbedingt (!) und ruhig Folge zu leisten. Den Besitzern von Personenzugmaschinen aller Art, einschließlich der Automobile, wird im eigenen Interesse und im Interesse der allgemeinen Verkehrssicherheit empfohlen, am fraglichen Nachmittags und Abends mit ihren Wagen auf der See- und Schloßstraße nicht zu verkehren. Nun dürfte wohl genug für den Karneval reglementiert sein!

Vittoria-Salon.

Ein ganz ausgezeichnetes Programm bietet der Vittoria-Salon seinen Besuchern im Februar; es dürfte das beste sein der ganzen bisherigen Varietékasson. Das Haus war bei der Premiere bis auf den letzten Platz gefüllt trotz der zahlreichen Festtagsfeierlichkeiten. Der Star des Programms ist unstreitig die S a b a r e t, die bekannte, von berühmten Künstlern gemalte Tänzerin, in ihren ebenso graziösen wie temperamentvollen, von einem schlanken und ebenmäßigen Körper unterstützten tänzerischen Darbietungen. Sie tanzt in ent-

sprechenden Kostümen ein tugendjames Menuett von Boccherini, dann in bacchanalischer Lust mit aufgeregten Haaren La Champagne von Leslie und einen leidenschaftlichen Tanz von Nalbro und löste stürmischen Beifall aus. Aber auch das übrige Programm bot weitere ganz hervorragende Nummern: Les Averinos, ein ausgezeichnete Parterre-Akrobat und seine bildschie Parmerin auf dem Drahtseil, gefielen außerordentlich. Die Geschwister Golberg, vier reizende junge Mädchen und zwei Knaben, erwiesen sich als Virtuosen auf den verschiedensten Instrumenten. Ein Terzett, Klavier, Cello und Geige, dazu der Gesang des am Klavier sitzenden kleinen Fräuleins, boten hohen Genuß. Der Humorist Groß-Balden bot zunächst ein aktuelles politisch-witziges Couplet von durchschlagender Wirkung und auch die etwas sehr pikanten übrigen Sachen gefielen dem Publikum, das ihn mit großem Beifall belohnte. Ein Stück feinsten Kabarettkunst brachte die Divoise Wila Endreffer, eine schlanke, mondäne, nach allerneuester Mode gekleidete Erdeimung, auf die Bühne. Ihr kleines, aber einnehmendes Stimmchen eignet sich ausgezeichnet zur Wiedergabe solcher Kellnerinnen Lieder und anderer Pikantien. Besonders erwähnt muß noch werden ein sehr pikantes Eisenbahncoupe-Scherz, dargestellt von Gustav Vertram, vom Operetten-Theater in Leipzig, und Rarga Kulin, vom Lustspielhaus in Berlin. Es handelt sich dabei um ein mißlungenes „Sittlichkeitsentwurf“ einer „Dame“ auf das Portemonnaie eines Herrn im Eisenbahnzug. Außerdem gibt noch den bekannten Klavierhumoristen Schäff mit seiner Gattin. „Er“ produziert sich noch als Improvisator und brachte das Kunststück fertig, aus den ihm zugerufenen Worten: Karnevalszug, Karnevalszug und Karneval ein — Gedicht zu fabrizieren nach dem bekannten Motto: „Reim dich oder...“ Einige kinematographische Vorführungen: „Carneval in Nizza“ und Way und die Demomals-Einweihung vervollständigten noch das erstklassige Programm.

Krisankenasse Dresden.

Der Mitgliederbestand bezifferte sich Ende des Monats Dezember auf 138317, und zwar 77937 männliche und 60410 weibliche Versicherte. Anmeldungen erfolgten 13829 (1241 lediglich für die Invalidenversicherung), Abmeldungen 16882 (1306 lediglich für die Invalidenversicherung), so daß durchschnittlich 1228 Meldungen pro Arbeitstag zu erledigen waren. Schriftliche Eingänge sind 1819 zu verzeichnen gewesen. Bezahlt wurden: Anfangslohn an Mitglieder 152131 M., Familienunterstützung (für in Heilanstalten untergebrachte Mitglieder) 4619 M., Wöchnerinnenunterstützung 9660 M., Sterbegeld 8164 M. In den Gesundheitsheimen der Kasse fanden 95 Pflegefälle in der Dauer bis zu 4 Wochen Aufnahme, während 91 Mitglieder nach zusammen 3279 Verpflegungstagen die Anstalt verließen. Von diesen Genesenden sind vollständig erwerbsfähig 75 und gebessert 16 entlassen worden. Die Zahl der beitragszahlenden Arbeitgeber betrug am Monatschluß 26389, und zwar 14020 für die Kranken- und Invalidenversicherung und 12369 lediglich für die Invalidenversicherung. In Beiträgen für die Krankenversicherung sind 275 146 M. und für die Invalidenversicherung 20865 M. zu vereinnahmen sowie für 212800 M. Beitragsmarken angelaufen gewesen. Die Zahl der versicherungspflichtigen Personen für die letztere Versicherung betrug 146 105, und zwar 77 688 männliche und 68 422 weibliche. In 174 Fällen waren Mitglieder wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften für erwerbsunfähige Kranke mit Erbsparstrafen zu belegen und 9 Arbeitgeber wurden wegen Nichtablieferung von Beiträgen zu Geld- bez. Gefängnisstrafen verurteilt.

Das neue Postbuch für Dresden für das Jahr 1913, herausgegeben im Auftrag der Ober-Postdirektion, ist in neuer verbesserter Auflage erschienen. Das Buch enthält in knapper Form alles, was das Publikum von den allgemeinen und den Dresdner Post- und Telegrapheneinrichtungen, den postalischen Vorrichtungen usw. wissen muß. Im ersten Teile des Postbuches sind die Verkehrsrichtungen in Dresden und den Vororten behandelt. Man findet dort Auskunft über: Postbehörden, Post-, Telegraphen- und Fernsprechanstalten in und um Dresden, Schalterdienststunden, Bestellung der Postsendungen und Telegramme, Abholung und Ausgabe der Postsendungen, Postvollmachten und Abholungserklärungen, Verkauf von Postwertzeichen usw.; Bezug von Zeitungen, Gebühren des Orts- und Nachbarortverkehrs, Fernsprechtelefon. Ferner enthält dieser Teil ein Verzeichnis der in Dresden und den Vororten aufgestellten Straßendirektorien nebst einer tabellarischen Uebersicht über die Verkehrszeiten, der amtlichen Verkaufsstellen für Postwertzeichen, der Straßen und Plätze Dresdens und der eingemeindeten Vororte mit Angabe der Briefpoststellen; der zum Landbestellbezirk der Vororte gehörigen Gemeinden, für die der Ortsgebührensatz gilt, und der von Dresden abgehenden zur Postbeförderung benutzten Eisenbahnzüge mit Angabe der Schlußzeiten für Briefsendungen bei den wichtigsten Postämtern. Uebrigens noch ein Verzeichnis der im Umkreise von 10 geographischen Meilen von Dresden (Zone I) gelegenen Postorte nebst Postort für Pakete bis zu 5 Kilogramm. Der zweite Teil des Postbuches enthält die allgemeinen Bestimmungen für Postsendungen und Telegramme sowie über den Postüberweisungs- und Scheckverkehr und über den Postprotekt; außerdem die Tarife und Angaben über Benutzung der öffentlichen Fernsprechstellen sowie ein Verzeichnis der Straßen Berlins mit Angabe der Postbezirke. Der Preis für 1 Exemplar des Postbuches beträgt 50 Pf. Das Buch ist an den Schaltern sämtlicher hiesigen Post- und Telegraphenanstalten und bei jedem Briefträger erhältlich.

Respekt vor den Nichtraucher! Das Rauchverbot in den Eisenbahnwagen bleibt sehr oft von den Reisenden unbeachtet. Insbesondere pflegen häufig Reisende mit brennenden Zigaretten, Zigarren oder Pfeifen sich auch in den Gängen der nicht als Rauchwagen bezeichneten D-Zugwagen aufzustellen oder dort länger als zum Auffuchen ihres Places unbedingt notwendig ist, zu verweilen, wodurch die Mitreisenden belästigt werden. Das Zugbegleitpersonal hat von der Staatsbahn-Generaldirektion Anweisung erhalten, die Reisenden auf die Ungültigkeit ihres Verhaltens aufmerksam zu machen.

Aus dem Fenster stürzte in der vorigen Nacht vom 4. Stock in den Hof eine in der Johann-Georgen-Allee wohnende Frauensperson. Sie war sofort tot. Ob Unfall oder Selbstmord vorliegt, ist nicht bekannt.

Selbstmord. Tot aufgehoben wurde am Sonntag vormittag am Elbufer zwischen Carola- und Albertbrücke vor dem Gesamtministerium ein etwa 35 Jahre alter Aufwärter. Es

stellte sich heraus, daß er sich durch einen Schuß ins Herz getötet hatte.

Eine kleine Ueberschwemmung verursachte ein Bruch des großen Hauptwasserrohres gestern Sonntag nachmittags gegen 2 Uhr auf der Großenhainer Straße zwischen Trachenberge und Hans-Sachs-Straße, gerade vor dem Hause der dort erbauten Wasserwaage. Binnen kurzer Zeit glich das dort Großenhainer Straße einem See, in dessen Mitte ein starker Wasserstrahl mannhoch emporschob, ehe es gelang, den Hauptrohr zu schließen. Nach etwa einer halben Stunde war die Ursache dieser Verkehrsstörung durch die Feuerwehr beseitigt.

Der Zentralverband der Hausangehörten veranstaltet am Dienstag, abends 8 Uhr, im Volkshaus sein Faschings-Bezugnügen.

Der neue Zeitungskatalog der Annoncen-Expedition Daube u. Co., hier, Seestraße 3, I., für das Jahr 1913 ist soeben erschienen. Das in geschmackvoller Ausführung gehaltene Nachschlagewerk bildet mit seinem praktisch eingestellten Inhalt auf dem großen Gebiete des Zeitungswesens dem Interessenten einen vorteilhaften Ratgeber.

Das statistische Jahrbuch der Stadt Dresden für das Jahr 1911 ist jetzt — wiederum reichlich spät! — erschienen und durch den Buchhandel zu beziehen. Der Inhalt ist der übliche.

Aus der Umgebung.

Auf dem Bezirkstage der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt beschäftigte man sich auch mit dem Haushaltpfan auf das Jahr 1913. Nach dem Vortrage des Amtshauptmanns ist neu eingestellt eine Beihilfe von 3000 M. für das Maria-Anna-Kinder-Hospiz in Trachenberge. Diese Anstalt nimmt Kinder armer Eltern aus ganz Sachsen auf der Verpflegung beträgt pro Tag 2 M. Sie wurde bisher nur von der Stadtgemeinde Dresden finanziell unterstützt, wofür Kinder aus Dresden bei der Unterbringung bezogen wurden. Auch ernährte sich der Verpflegung auf 1,50 M. Die Stiftungsmittel und der städtische Zuschuß haben bei dem gleichmäßigen Charakter der Anstalt aber auf die Dauer nicht genügt, diese vor finanziellen Schwierigkeiten zu bewahren. Die Stadtgemeinde Dresden trug sich mit dem Gedanken, die Anstalt ganz in städtische Verwaltung zu nehmen, dann würden natürlich nur noch Kinder aus dem Stadtbezirk aufgenommen. Der Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-N. brachte hierzu die der Armenpflege anheimfallenden Kinder in der Kinderheilstätte auf der Chemnitz-Straße unter, der vom Bezirk ein jährlicher Zuschuß von 200 M. gewährt wurde. Außerdem erhielt sie noch namhafte Unterstüßungen von vielen Bezirksgemeinden und Privatpersonen. Dafür wurden dem Bezirk gewisse Vergünstigungen eingeräumt. Dieser Weg wird aber verlassen werden müssen, weil die Anstalt nach einem in Mächtig gelegenen Neubau, also nach einer für die Bezirksgemeinden ziemlich entfernt gelegenen Stelle verlegt werden soll. Aus diesem Grunde und weil es rascher erscheint, ein an der Peripherie des Bezirks gelegene Anstalt dem Bezirk auch ferner zu erhalten, soll das Hospiz mit 3000 M. jährlich unterstützt werden. Als Gegenleistung kommt in Betracht, daß die Kinder aus dem Bezirk in gleicher Weise wie die der Stadt Dresden bei der Unterbringung bevorzugt werden sollen. In dem Hospiz waren schon im letzten Jahre 19 Kinder aus dem Bezirk untergebracht. — Für die Zwecke der „nationalen“ Jugendpflege waren im vorjährigen Etat 3000 M. eingestellt worden. Man ist das Geld jedoch nicht los geworden, und die Schuld daran trägt der böle Landtag, weil er das im vorgelegte Organisationsgesetz nicht angenommen hat. Deshalb sollen diesmal nur 1000 M. eingestellt werden, worüber die Steuerzahler des Bezirks nicht ungehalten sein werden. Ferner interessieren folgende Einstellungen: 4000 M. für die Tuberkulosebekämpfung, 300 M. für Veranlassung der Fürsorgegehülfe an das Rettungshaus Forstburg (die Veranlassung soll dem Anstaltsgeistlichen übertragen werden) und 31250 M. (1 1/2 Proz. Bezirksteuer) für Zwecke der Fürsorgeerziehung. Da die Gegenüberstellung der Gesamt-Einnahmen und Ausgaben einen Fehlbetrag von 68891 M. ergibt, soll eine Bezirkssteuer von 2 1/2 Proz. (im Vorjahre 2 1/2 Proz.) erhoben werden. Nach längerer Debatte, die sich hauptsächlich um die Unterstützung des Maria-Anna-Kinderhospiz drehte, wurde beschlossen, zunächst für das laufende Jahr eine Unterstützung von 3000 M. zu gewähren, vor Veranlassung weiterer Mittel aber erst noch eine Klärung der Erhebung einer Bezirkssteuer von 2 1/2 Proz. — Zum Direktor der Bezirksanstalt Leuben wurde Sanitätsrat Dr. Paul Plafewig, zu seinem Stellvertreter Gemeindevorstand Leifner Laubegast wiedergewählt.

Niedergerbig. (Gemeinderatsbericht). Der Vorsitzende gab einen sehr ausführlichen Jahresbericht, der in Druck erschienen soll. Die jetzige Gemeindefrankeasse soll in eine Zentralfrankenasse mit dem Sitz in Posthappel umgewandelt werden. Da die westlichen Vororte ziemlich weit entfernt liegen, und man es einem Kranken wohl nicht gut zuzumuten kann, diesen weiten Weg zu machen ist man an das Ministerium herangegangen, um Erleichterung zu erlangen; eine Antwort steht noch aus. Die Besitzwechselabgaben vom 4. Vierteljahr werden bekannt gegeben. Man ist mit den angegebenen Summen einverstanden. Der Nachtrag zur Sparkasse (täglich Verzinsung) ist genehmigt worden. Die Fortsetzung der Re-Nahme wird beschlossen. Dem Nachhappmann und Schulhausmann soll das Gehalt aus der Gemeindefrankeasse gezahlt, und dadurch kann er in die Landespensionskasse aufgenommen werden. Ein Beitrag zur Erbauung der elektrischen Bahn wird auf Antrag bis zur Klärung der Sachlage zurückgestellt. Der Ausbau der neuen Straße an der Bergstraße soll ausgeschrieben werden, die Prüfung des Anschlags der Einriedigung des Neubaus an der Bergstraße wurde dem Ausschuß überwiesen. Die Anfertigung des Ortsbeschlussungsplanes wird dem Geometer Ueberall u. Franke zum Preise von 1100 M. übertragen. — Der Haushaltpfan schließt mit einem Bedarf von 41000 M. ab, dem 8000 M. Deckungsmittel gegenüberstehen, so daß 33000 M. durch Anlagen zu decken sind. Dieser Betrag erhöht sich noch um 2000 M., die zur zukünftigen Beschleunigung gebraucht werden. Erforderlich sind zur Schulstufe 15000 M., Armenkasse 3000 M. und Straßenkasse 2000 M. Der Haushaltpfan wurde genehmigt. Die mannsfähigen Ber-







Reichstag.

100. Sitzung, Sonnabend, den 1. Februar, vormittags 11 Uhr. Am Bundespräsidenten: Dr. Deibler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend vorübergehende Zollbefreiungen bei der Fleischzufuhr.

Abg. Dr. Quast (Soz.): Die Regierung ist auch bei diesem Gesetz wieder einmal dem Trend der Agrarier völlig erlegen. Als die ersten Angriffe auf die Maßnahmen der Regierung erfolgten, erklärte der Reichstagspräsident...

Abg. Dr. Quast (Soz.): Die Regierung ist auch bei diesem Gesetz wieder einmal dem Trend der Agrarier völlig erlegen. Als die ersten Angriffe auf die Maßnahmen der Regierung erfolgten, erklärte der Reichstagspräsident...

Abg. Dr. Quast (Soz.): Die Regierung ist auch bei diesem Gesetz wieder einmal dem Trend der Agrarier völlig erlegen. Als die ersten Angriffe auf die Maßnahmen der Regierung erfolgten, erklärte der Reichstagspräsident...

die Nachricht eintraf, daß München die Sperre aufgehoben habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier hatte einmal das extreme preussische Agrarierium sich mit seinem Einfluß auf das Reich...

Abg. Quast (Soz.): Die Regierung ist auch bei diesem Gesetz wieder einmal dem Trend der Agrarier völlig erlegen. Als die ersten Angriffe auf die Maßnahmen der Regierung erfolgten, erklärte der Reichstagspräsident...

Abg. Quast (Soz.): Die Regierung ist auch bei diesem Gesetz wieder einmal dem Trend der Agrarier völlig erlegen. Als die ersten Angriffe auf die Maßnahmen der Regierung erfolgten, erklärte der Reichstagspräsident...

Abg. Quast (Soz.): Die Regierung ist auch bei diesem Gesetz wieder einmal dem Trend der Agrarier völlig erlegen. Als die ersten Angriffe auf die Maßnahmen der Regierung erfolgten, erklärte der Reichstagspräsident...

fliehen, würde er gar nicht mehr herauskommen, sondern in dem gelblich-schwarzen Schlamm stecken bleiben. Natürlich werden unter der Verpeisung des Wassers auch die kleinen landwirtschaftlichen Anlagen, deren Grundstücke entwertet werden...

Abg. Dr. Quast (Soz.): Die Regierung ist auch bei diesem Gesetz wieder einmal dem Trend der Agrarier völlig erlegen. Als die ersten Angriffe auf die Maßnahmen der Regierung erfolgten, erklärte der Reichstagspräsident...

Abg. Quast (Soz.): Die Regierung ist auch bei diesem Gesetz wieder einmal dem Trend der Agrarier völlig erlegen. Als die ersten Angriffe auf die Maßnahmen der Regierung erfolgten, erklärte der Reichstagspräsident...

Abg. Quast (Soz.): Die Regierung ist auch bei diesem Gesetz wieder einmal dem Trend der Agrarier völlig erlegen. Als die ersten Angriffe auf die Maßnahmen der Regierung erfolgten, erklärte der Reichstagspräsident...

Abg. Quast (Soz.): Die Regierung ist auch bei diesem Gesetz wieder einmal dem Trend der Agrarier völlig erlegen. Als die ersten Angriffe auf die Maßnahmen der Regierung erfolgten, erklärte der Reichstagspräsident...

die Nachricht eintraf, daß München die Sperre aufgehoben habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier hatte einmal das extreme preussische Agrarierium sich mit seinem Einfluß auf das Reich...

die Nachricht eintraf, daß München die Sperre aufgehoben habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier hatte einmal das extreme preussische Agrarierium sich mit seinem Einfluß auf das Reich...

Victoria-Salon, Waisenhausstr. 11. Gastspiel der weltberühmten australischen Tanz-Schönheit „Saharet“.

Josefki JUNO QUALITÄTS-CIGARETTE 2 PF.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes various types of meat, fish, and vegetables.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes various types of meat, fish, and vegetables.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes various types of meat, fish, and vegetables.

# Wirtschaftliche Umschau.

## Organisationsprobleme.

Vor einem Jahrzehnt beschäftigte das Kartellproblem die Öffentlichkeit in Deutschland sehr lebhaft. Es wurde eine Kommission zur Untersuchung dieser Frage eingesetzt; man plante ein Kartellgesetz usw. Daraus ist aber nichts geworden. Die Regierung trat vielmehr offen auf die Seite der Kartelle und erklärte diese für eine wünschenswerte Einrichtung im deutschen Wirtschaftsleben. Ja, noch mehr. Die Regierung bemühte sich um die Aufrechterhaltung des Kohlenhandels, schuf das Kartellgesetz und schloß eine Reihe von anderen Kartellen. Man konnte danach glauben, die Herrschaft der Kartelle sei so sicher wie noch nie zuvor. Wie auf politischem Gebiet die ostpreussischen Junker, so werden auf wirtschaftlichem die Kapitalmagnaten in Preußen-Deutschland herrschen. Allein wenige Monate nach seinem Eintritt mußte der preussische Kaiser nach dem Erlasse des Kartellgesetzes, das ein Privatkartell von Staats wegen errichtete, erklärt der Vertreter der Regierung, das Gesetz habe sich als mangelhaft erwiesen, eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaus, wie sie die Sozialdemokratie empfohlen habe, wäre die beste Lösung. Noch mehr, wir stehen heute inmitten einer Kampfsperiode gegen Kartelle und Trusts. Zwar handelt es sich um ausländische Trusts, die es zunächst zu bekämpfen gilt, aber jeder Kampf hat seine Logik, und diese Logik muß bald auch diesen Kampf nach der anderen Richtung hin, nach der Richtung der Bekämpfung auch der einheimischen Kartelle führen.

Bei der Niederrückung einer detaillierten Gesellschaftsformation haben immer Teile der alten Gesellschaft selber mitgeholfen. Man kann sagen, daß die Spaltung unter den Vertretern einer gewissen Gesellschaftsformation das untrügerische Zeichen ihrer Auflösung ist. So traten vor der Bauernbestimmung einige Gutsbesitzer selber für die Bauernemanzipation auf. Natürlich diktierten ihnen dies ihre materielle Lage und die Aussichten auf besseren Gewinn aus der Arbeit mit „befreiten“ Bauern. Wie dem aber auch sei, die Spaltung der Gutsbesitzerklasse erleichterte das Werk der Bauernbestimmung.

Die ersten Symptome eines ähnlichen Vorgangs können wir auch jetzt bemerken, wenn einige Kapitalisten, durch die Konkurrenz der Trusts bedrückt, an den Staat appellieren und die Uebernahme der Produktion durch den Staat fordern. So treten die elektrotechnischen Installationsfirmen immer wieder mit der Forderung der Verstaatlichung der Energiequellen, der Elektrizitätswerke und elektrischen Bahnen auf. Kürzlich haben die elektrischen Spezialfabriken sich ganz energisch dagegen gewandt, daß die Versorgung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn mit elektrischer Kraft dem Elektrogroßkonzern übertragen wird. Noch größeres Aufsehen hat bekanntlich der Gesetzentwurf über die Monopolisierung des Petroleumhandels hervorgerufen, dessen Vater bekanntlich die Deutsche Bank ist. Hier tritt eine Großbank gegen einen Trust auf und argumentiert mit denselben Gedanken wie prinzipielle Trustgegner.

Zwar ist die Lösung, die diese Bank vorschlägt, höchst irrational. Denn während die Regierung hier mit dem Reichstag um die künftige Gestaltung der Vertriebsgesellschaft verhandelt, kommen aus den Nachbarproduktionsländern Nachsichten über Vorgänge, die diese Verhandlungen ganz illusorisch machen: überall schließt sich das Kapital zu Trusts zusammen und die Verkaufspreise gehen unaufhörlich in die Höhe.

Angenommen, daß die Regierung mit einigen Produzenten auch Verträge für einige Jahre abschließen wird, wer garantiert für die Einhaltung dieser Verträge durch diese Gesellschaften. Viele andere recht wichtige Einwendungen gegen eine private Vertriebsgesellschaft wurden in der Reichstagskommission gemacht, die von niemand entkräftet worden sind. Eine richtige Lösung des Problems der Versorgung mit billigem Petroleum wäre nur die Schaffung einer reinen Reichsvertriebsgesellschaft, die bestrebt sein muß, eigene Nachschubquellen zu erwerben. Erst dann kann man hoffen, daß die Petroleumpreise nicht alljährlich steigen werden. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß das Reich aus dem Petroleummonopol keine Finanzquelle für die steigenden Militärausgaben machen wird. Wer kann das aber garantieren? Der Reichstag, dessen Mehrheit imperialistisch gesinnt ist? Der Kampf gegen die Verteuerung des Petroleums, den die Reichsregierung begonnen hat, muß also zum Kampf für

die Umgestaltung des modernen imperialistischen Staates in einen sozialistischen führen.

Der Kampf gegen den Petroleumtrust sieht ja nicht beneidenswert aus. In aller nächster Zeit wird es zum Kampfe gegen den Tabaktrust kommen, der den deutschen Tabakhandel monopolisiert. Wegen der Kaffeecalorifikation wird ferner der Reichstag in den nächsten Tagen verhandeln.

Die Kaffeecalorifikation stellt überhaupt ein interessantes Blatt in der modernen Wirtschaftsgeschichte dar.

Im Jahr 1891 bis 1895 stand der Kaffeepreis auf 75 Pf. für das halbe Kilogramm, also sehr hoch. Das veranlaßte die Bauern und Großunternehmer Brasiliens, die Kaffeekultur rasch auszudehnen. Die Folge war eine Ueberproduktion mit rasch sinkenden Preisen. Im Jahr 1896 bis 1900 stieg sich der Kaffeepreis auf 44 Pf. Das hielt aber die Produzenten immer noch nicht von der Ausdehnung der Produktion ab. Der Hauptproduktionsstaat Sao Paulo erließ 1903 ein Pflanzungsverbot, das aber keine Wirkung hatte. Dann versuchte die Regierung einen anderen Weg einzuschlagen. Sie schloß mit den Staaten Rio de Janeiro und Minas Geraes eine Vereinbarung zum Zwecke der Preis-erhöhung des Kaffees, der Regulierung des Handels und zur Schaffung einer Konvertierungskasse zur Festsetzung der Valuta usw. Diese Abmachungen stießen auf den Widerstand der Bundesregierung. Dann versuchte der Staat Sao Paulo selbständig vorzugehen, indem er mit dem Londoner Bankhaus Schroder eine Anleihe in der Höhe von rund 60 Millionen Mark abschloß, um einen Teil des Kaffees auszuverkaufen und vom Markt so lange zurückzuhalten, bis die Kaffeepreise in die Höhe gehen würden. Bald erwies es sich, daß diese Anleihe nicht ausreichte. Der Staat kaufte bis 8 1/2 Millionen Sack Kaffee auf, was eine gewaltige Geldsumme erforderte. Da er sie nicht auszubringen vermochte, stand er vor dem Bankrott. Mit Hilfe einer Garantie der Bundesregierung gelang es dem Staate, eine neue internationale Anleihe von über 300 Millionen Mark zu erhalten. Das Bankrottverfahren, das diese übernahm, bestand aus dem Vanthaus Bankhaus Schroder und zwei Pariser Banken. Mittels dieser Anleihe und dank der schlechten Ernten der folgenden Jahre gelang es nun, den Kaffeepreis recht bedeutend in die Höhe zu treiben. Der Kaffeepreis stand 1908 auf 71 1/2 Pf., ging dann allmählich hinaus, so daß der niedrigste Kaffeepreis von 1910 schon 33 1/2 Pf. ausmachte. In den folgenden Jahren begann eine wilde Kaffeeproduktion, unterstützt durch die relativ geringen Ernten, und der Preis wurde bis auf 7 1/2 Pf. hinaufgeschraubt. Somit ist fast die Höhe der Kaffeepreise von 1891 bis 1895 erreicht worden. Die Folge wird wahrscheinlich eine weitere Ausdehnung der Kaffeekultur sein. In der Tat schloß man die brasilianische Kaffe-Export 1913/14 auf 14 000 Ballen, welches Ergebnis das aller früheren Ernten (mit Ausnahme der Jahre 1906/07 und 1908/10) übersteigt. Außerdem entwickelte sich die Kaffeekultur auch in anderen Ländern. Früher oder später muß dieser Versuch, den Absatz zu regulieren, ohne gleichzeitig die Produktion zu kontrollieren und zu regeln, scheitern. Denn die hohen Kaffeepreise müssen die Produktion fördern, schränken aber den Konsum ein, so daß der brasilianische Staat vor die Aufgabe gestellt wird, auch die Produktion irgendwie zu regulieren.

Wie dem aber auch sein mag, es ist nicht einzusehen, was die deutsche Regierung gegen diese Kaffeecalorifikation anfangen kann. Die deutsche Regierung hat doch selbst ein Produkt kartellieren helfen, das Deutschland monopolistisch besetzt, nämlich das Kali. Welches Recht hat Deutschland, gegen andere Staaten aufzutreten, die das gleiche getan haben?

Der Kampf gegen den amerikanischen Öl-Trust veranlaßt die preussische Regierung, das Kohlenhandelskartell zu verstaatlichen und dadurch gegen die Verteuerung der Hausstoffe zu schützen. Die gesetzliche Kartellierung der Kaliindustrie erleichtert die Bekämpfung der Kaffeecalorifikation. Daraus folgt, daß die gesetzliche Sonderisierung der Kaliindustrie ein Mißgriff war, da sie den Interessen der Konsumenten durchaus zuwiderläuft. Aber nicht allein die Interessen der Konsumenten sind durch dieses Gesetz verletzt worden. Die Regierung muß jetzt zugeben, daß der Kohlenbergbau, der gewaltige Summen verschlingt, die Proportionalität der Entwicklung der einzelnen Gewerbegebiete untereinander stört und dadurch

auch zur Verteuerung des Geld- und Kapitalmarktes beiträgt, selbst vor einer noch schlimmeren Krise als der fünf Jahren steht. Denn die Zahl der Betriebe hat sich in dem Maße vermehrt, daß die Förderung jedes einzelnen in schrecklichem Verhältnis zu seiner Produktionskraft steht. Das Kartellgesetz hat somit völligen Bankrott erlitten! Soll nun die Reichsregierung den Kohlenbergbau weiterhin sich selbst überlassen? Auch hier gibt es keine andere Antwort, keinen anderen Ausweg als die Verstaatlichung. Die wirtschaftliche Entwicklung bringt einen Gewerbeschwund nach dem anderen dorthin, wo sein weiterer Fortschritt nur noch bei einer Aenderung der Organisationsform der Wirtschaft möglich ist. Diese Aenderung, die nur in der Richtung der Verstaatlichung liegen kann, tritt dann als eine eberne Notwendigkeit ein. Die Gegner des Sozialismus mögen sich winden und drehen, wie sie auch wollen, sie können alle möglichen „Lösungen“ der reif gewordenen Probleme vorschlagen, auf die Dauer — das beweist ja das Kartellgesetz — wird man der Verstaatlichung doch nicht aus dem Wege gehen.

## Die Krisis in der Plauerer Spitzenstickerei.

Wie schon an einer anderen Stelle unserer Zeitung gemeldet wurde, befindet sich die sächsische Spitzenstickerei in einer schweren Krisis. Bankrotte folgen auf Bankrotte.

Die Ursache dieser Krisis liegt in den niedrigen Löhnen, die den Seidnarbeitern gezahlt werden, und in der dadurch verursachten technischen Rückständigkeit der Stickerei.

Die jetzige sächsische Stickerei datiert seit der Mitte der 80er Jahre, als die Schiffenstickmaschine erfunden wurde und ermöglichte, die mühselige Handarbeit zu ersetzen. Die deutsche Stickerei eroberte daraufhin bald den Weltmarkt, da die außer ihr allein in Betracht kommende schweizerische Konkurrenz noch schlechter als die vogtländische ausgerüstet war.

Inzwischen hat die Maschinenindustrie neue Stickereimaschinen auf den Markt gebracht, die eine große Produktivität aufweisen. Sie kosten aber viel Geld. Eine Handstickmaschine kostet ungefähr 200 Franc, ein Schiff, je nach der Länge, 2000 bis 3000 Franc. Ein Automat oder eine Pumpenmaschine 7000 Franc. Es ist ein bekanntes Gesetz, daß niedrige Arbeitslöhne, die den Unternehmern bei geringem Kapital hohen Profit gewähren, ein Hindernis für die technische Verbesserung darstellen. Deshalb wollten auch die vogtländischen Unternehmer nicht die besseren, teureren Maschinen einführen, sondern sahen es vor, ihre Arbeit heimarbeitend bei äußerst niedriger Entlohnung zu verrichten. Nach einer Statistik der Plauerer Handelskammer waren Anfang Mai im Vogtlande und den angrenzenden preussischen Gebieten 3760 Schiffenstickmaschinen, darunter aber nur 603 Automaten. Von diesen waren nur 229 in den Händen von Fabrikanten, die übrigen 7631 in denen von Heimarbeitern.

Dagegen steigt die Ausfuhr von Stickereimaschinen nach allen Ländern von Jahr zu Jahr. Von 1907 bis 1911 fand aus Deutschland 4011 Schiffenstickmaschinen ausgeführt, so daß die deutsche Maschinenindustrie das Aufleben von Konkurrenten im Auslande mitgehofft hat, und die Folge war ein Stillstand in der Ausfuhr von Stickereimaschinen.

Solange die Hauptkonkurrenz aus der Schweiz kam, konnte die vogtländische Stickerei gute Geschäfte machen, weil auch die schweizerische Stickereindustrie ebenso von dem Stund der Heimarbeit zehrt wie die vogtländische.

Auch der schweizerischen Stickereindustrie kommt die deutsche Maschinenindustrie zu Hilfe, in noch größerem Maße aber der amerikanischen. Die Ausfuhr von Stickereimaschinen nach den Vereinigten Staaten war von 1909 bis Ende 1910 groß. Dadurch haben die Amerikaner eine eigene Stickereindustrie, die mit der besten Maschinen arbeitet, großgezogen. Ebenso entstanden Stickereindustrien in Frankreich, England und Italien, die zum Teil die besten Maschinen anwenden und deshalb gegen die billigere Arbeit gut konkurrieren können. Dabei genießen die Fabrikanten in einigen Ländern — wie in den Vereinigten Staaten — hohen Schutz.

Für die deutsche Stickerei ist im allgemeinen nur noch der deutsche Markt geblieben, der sich wohl rasch ausdehnt, aber immer nicht genügt. Die Volkswirren haben ihr noch den Orientmarkt geraubt, so daß eine schwere Krise hereinbrochen ist, aus der nur ein Ausweg möglich ist: Einführung der besseren Maschinen, um die eigene Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Nicht billige, sondern hohe Löhne liegen auf dem Weltmarkte — das müssen sich die Vogtländer merken.

Spectator.

## Dresdner Sehenswürdigkeiten.

- Königliche Gemälde-Galerie (Zwinger).** Dienstags, Donnerstags, Freitag 10 bis 3, Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr frei. Mittwochs, Sonnabends 10 bis 3 Uhr 50 Pf., Montags 10 bis 2 Uhr 1,50 Mark.
- Königliches Kupferstich-Kabinett (Zwinger).** Dienstags, Freitag 10 bis 3, Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr frei. Montags geschlossen.
- Königlicher mathematisch-physikalischer Salon (Zwinger).** Montags, Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Freitag 9 bis 12 Uhr 50 Pf., Sonnabends sowie Sonn- und Feiertags geschlossen.
- Königliches mineralogisch-geologisches und prähistorisches Museum (Zwinger).** Montags, Dienstags, Donnerstags, Freitag 10 bis 12, Mittwochs und Sonnabends 1 bis 3, Sonn- und Feiertags 11 bis 1 Uhr frei.
- Königliches zoologisches und anthropologisch-ethnographisches Museum (Zwinger).** Sonn- und Feiertags, Montags, Dienstags, Donnerstags, Freitag 11 bis 1, Mittwochs, Sonnabends 1 bis 3 Uhr frei.
- Königliches Grünes Gewölbe (Königliches Residenzschloß, part.).** Wochentags 10 bis 1 Uhr. Führung von 1 bis 6 Personen 9 Pf., jede Person mehr 1,50 Mark. Sonn- und Feiertags geschlossen.
- Königliches Mühl-Kabinett (Königliches Residenzschloß, part.).** Dienstags und Feiertags von 10 bis 1 Uhr (nur für Studien frei).
- Königliches historisches Museum (Ratskammer) und Gemäldergalerie (Johannum I.).** Dienstags, Mittwochs, Donnerstags, Freitag, Sonnabends 10 bis 2, 50 Pf., Montags 10 bis 2, 1,50 Mark, Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr 25 Pf.
- Königliche Porzellan- und Gefäßsammlung (Johannum I.).** Montags bis Feiertags 10 bis 2, 50 Pf., Sonnabends 9 bis 2, 1,50 Mark, Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr 25 Pf.
- Königliche Porzellan-Niederlage, Schloßstraße 36,** geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr wochentags.
- Königliche Skulpturensammlung im Albertinum und in der Frauenkirche 12, 1.** (Gefäß-Sammlung.) Wochentags (außer Sonnabends) von 9 bis 3, Sonn- und Feiertags von 11 bis 2 Uhr frei.
- Königlicher Botanischer Garten.** Wochentags von 8 Uhr vormittags

- bis 4 Uhr nachmittags, Sonn- und Feiertags 9 bis 1 Uhr. Gewächshäuser (ausgenommen täglich (außer Sonnabends) von 9 bis 12 Uhr, sonst gegen 50 Pf. Führungsgeld.
- Königliches Kunstgewerbemuseum (Elisabethstraße 14).** Feiertags außer Montags von 9 bis 2 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 1 Uhr. Eintritt frei.
- Sächsischer Kunstverein (Brüßliche Terrasse).** Täglich geöffnet von 10 bis 6, Sonnabends von 11 bis 2 Uhr. Eintritt 50 Pf., am letzten Sonntag des Monats 20 Pf., am 6. Nöckerfesten (Prager Straße). Täglich geöffnet.
- Galerie Ernst Renold, Schloßstraße 34.** Permanente Gemälde-Ausstellung.
- Stadtmuseum (Johannestraße 18),** geöffnet Sonntags, Montags und Donnerstags von 11 bis 2 Uhr. Eintritt frei.
- Ritter-Museum (Königsstraße 7).** Wochentags 9 bis 2, Mittwochs und Sonnabends 9 bis 1 und 2 bis 5, Sonn- und Feiertags 11 bis 2 Uhr. Eintritt 50 Pf.
- Schwerzschmiedemuseum, Rodaunerstraße 5 (Hotel du Nord).** Wochentags 10 bis 4 Uhr. Beitrag zugunsten des Altbereins.
- Musikerlager des Opernvereins für das Königreich Sachsen, Niedergraben 5.** Wochentags 10 bis 5 Uhr. Eintritt frei.
- Zoologischer Garten, Tiergartenstraße, am Großen Garten.** 75 Pf., Kinder 30 Pf., Sonnabends 50 Pf., 10 Pf., jeden ersten Sonntag im Monat 25 Pf. Geöffnet täglich von früh bis abends.
- Vieh-Sammlung (pharmazeutische Sammlung der Königl. Tierärztlichen Hochschule), Kurfürstliches Palais, Zeughausplatz 3, 1.** Feiertags von 2 bis 4 Uhr frei.
- Königliche Mineral-Sammlung, Königsplatz 3.** Geöffnet nur vom 1. April bis 30. September Mittwochs, Sonn- und Feiertags von 11 bis 2 Uhr. Eintritt 25 Pf., Militär frei.
- Königliche Armeesammlung, Marien-Allee 2.** Geöffnet Dienstags und Donnerstags von 10 bis 1 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11 bis 2 Uhr. Eintritt frei, Gardeboje 10 Pf.
- Schilling-Museum, Plöniger Straße 63.** Geöffnet Wochentags von 10 Uhr an, Sonn- und Feiertags von 11 Uhr an bis zum Eintritt der Dunkelheit.
- Königliches Schloß, Schloßstraße.** Zu besichtigen nur in Abwesenheit des Königs. Eintritt 1 bis 6 Personen 1,50 Mark, jede weitere Person 50 Pf.

- Brüßlicher Garten und Brüßliche Terrasse, am Elbufer (Ranbahnplatz der Dampfstraße).**
- Städtische Ausstellungshallen, Stübelsallee 2a.**
- Königlicher Großer Garten, begrenzt von der Stübelsallee, Rennstraße, Tiergartenstraße und Ketscherallee.**
- Härtelung, Augustusstraße.**
- Denkmal des Königs Johann, Theaterplatz.**
- Denkmal Carl Maria v. Weber, am Museum am Zwinger.**
- Albert-Statue, Schloßplatz, vor dem Ständehaus.**
- Denkmal Friedrich August I., im Zwingerhof.**
- Denkmal Friedrich August II., auf dem Neumarkt.**
- Denkmal Rietzsch, Gottfried Semper und Ludwig Nöcker, auf der Terrasse.**
- Denkmal Luther, vor der Frauenkirche.**
- Denkmal Rönner, Gutzlow und Julius Otter, auf dem Gesselpfad.**
- Denkmal des Kurfürsten Moriz und des Kurfürsten August, am Fuß der Terrasse.**
- Denkmal König Anton, Hohenthalplatz.**
- Denkmal der Kurfürstin Kater Anna, bei der Kamenitz.**
- Siegesdenkmal, auf dem Altmarkt.**
- Wettin-Obelisk, Taschenberg.**
- Gewäss-Brunnen, an der Sophienkirche.**
- Cholerakäse (Gusschmelzbrunnen), auf dem Hofplatz.**
- Stübels-Brunnen, Stübelsplatz.**
- Viktoria-Brunnen, am Jüdenhof.**
- Gänsehals-Brunnen, Ferdinandsplatz.**
- Justitia-Brunnen, Kolbeplatz.**
- Marien-Brunnen, Bürgerweide.**
- Reuss und Amer, Bürgerweide.**
- Wellwerfer, Sportplatz, Rennstraße.**
- Die Mütter, Bürgerweide.**
- Reussbrunnen, im Stadtpark, am Hofplatz.**
- Denkmal König des Starcken, Neustädter Markt.**
- Brunnen „Sturmische Regen“ und „Hilfs Wasser“, Albertplatz.**
- Kriegerbrunnen, Albertplatz.**
- Leopold, Neustädter Friedrichs.**



...während er sich, dem zu große Geduldigkeit voll ...

...Wes ein warmes Kissen für die ...

...Bei glücklicher Blüthenzeit ...

...Zurückzuführen sind ...

...Bei früh Abreiser ...

...In den Stämmen des Gartens ...

...Ein hübsches und reizendes ...

...Die Gärten und ...

### Bibbi Hundertmark

Geschichte einer Stundheit von Wilhelm ...

Wunder des ...

...Während ...

...Hundertmark, ...

...Es lief ...

...Zum ...

...In ...

...Ach ja, es war ...

...Weiß ...

...Bibbi ...

...Wohin ...

...Als ...

...Anfang ...

...Das ...

...Die ...

...So ...

...Die ...

...So ...

...mit ...

...Es ging ...

...Alle ...

...Wer ...

...In ...

...In ...

...In ...

...In ...

...In ...

...In ...

...In ...

...In ...

...In ...

...In ...

...In ...

...In ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

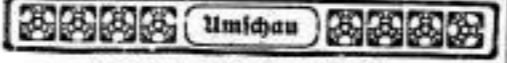
...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...

...1912 ...



### Umschau

#### Urwälderweisheit über den Krieg

In der ...

#### Gründe

Die ...

#### Theater

Im ...

#### Musik

Quelle ...